

## Das grüne Fördermilieu erlebt seinen Moment der Götterdämmerung



Von **Michael Fabricius**  
Leitender Redakteur Immobilien

Stand: 16:04 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Wer sich den in Deutschland durchschnittlich 35.000 Euro teuren Umbau zur Wärmepumpe leisten kann, macht es. Wer es nicht kann, lässt es bleiben

Quelle: Getty Images/Schon

Die Wärmepumpenpflicht ist Geschichte. Auch Fördergeld wird knapp. Hausbesitzer halten ihr Geld zusammen und sanieren nur, was sich rechnet. Die Hochphase des ideologiegetriebenen Klimaschutzes im Gebäudesektor ist vorbei. Nur die Betroffenen wollen es weiterhin nicht wahrhaben.

🔊 Artikel anhören



-7:58

1.0x

**D**ie Anhänger einer kompromisslosen Energiewende im Gebäudesektor müssen sich spätestens seit dieser Woche an eine ungewohnte neue Lage anpassen: Sie stehen nicht mehr im Mittelpunkt. Sie können nicht mal mehr davon ausgehen, dass sie wohlwollende Geld- und Gesetzgeber finden, nicht einmal im politischen Berlin.

Das Ancien Régime aus Öko-Lobbyisten, NGOs, Dienstleistern und fördergeldabhängigen Wirtschaftszweigen erlebt einen Moment der Götterdämmerung. Für Hauseigentümer dagegen, die auf pragmatische Lösungen angewiesen sind, die zu ihrem Geldbeutel passen, sind das gute Nachrichten.

Ein parlamentarischer Abend des Bundesverbands energieeffiziente Gebäudehülle (Buveg) am Mittwoch bot quasi die Bühne für den neuen Realismus in der Energiepolitik – und führte vor, welche tragischen Momente dieser auslösen kann. Spielort war ausgerechnet das „Palais Populaire“, eine Eventlocation im Schatten des Friderizianischen Rokokos der Staatsoper Unter den Linden nebenan.

## **Rufe nach einem „Booster“**

Zum Hintergrund: In dem Verband sind unter anderem Hersteller von Fenstern, Türen und Dämmstoffen organisiert. „Die effiziente Gebäudehülle (<https://www.welt.de/themen/waermedaemmung/>) ist für das Erreichen der Klimaschutzziele unabdingbar“, lautet das Verbandsmotto, und ähnlich gestrig klangen die Worte des scheidenden (sic!) Verbandsvorsitzenden Volker Christmann.

„Einen Booster könnten wir gut gebrauchen“, sagte er angesichts der schlechten Auftragslage seiner Mitgliedsunternehmen. Die Sanierungsquote ist auf den historischen Tiefstand von 0,67 Prozent des Bestands gesunken. Manche Berater sprechen schon von einer noch weiter sinkenden Quote in diesem Jahr.

„Nötig wären eigentlich zwei Prozent“, sagt Verbandsgeschäftsführer Jan Peter Hinrichs – für die Klimaziele, nicht für die Auftragsbücher, wohlgemerkt. Helfen könne da eben nur ein „Booster“, ein warmer Geldregen des Bundes, der wohlige Erinnerungen an die Wumms-Milliarden aus Pandemiezeiten auslösen mag.

„Die Politik muss entschlossen auf die Sanierung von Fassaden, Fenstern und Dächern setzen“, so Hinrichs, einen Tag bevor Finanzminister Lars Klingbeil ein zweistelliges Milliardenloch (<https://www.welt.de/wirtschaft/article69fc8dcd122b28e67b1df003/steuerschaetzung-steuereinnahmen-brechen-um-17-8-milliarden-euro-ein-wirtschaft-attestiert-bund-ein-problem.html>) im Bundeshaushalt offenlegen musste. Warum eigentlich setzen die Hausbesitzer selbst immer seltener auf umfassende Gebäudesanierungen? Um diese Frage schlägt man einen weiten Bogen.

## **„Ich will hier keine Hoffnung wecken“**

Adressatin für die kaum verhohlenen Rufe nach mehr Fördergeld war Rita Schwarzelühr-Sutter, Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium (<https://www.welt.de/themen/wirtschaftsministerium/>). Und sie zeigte ebenso unverhohlen, wie der neue Realismus in der Klimapolitik aussieht: „Ich will hier keine Hoffnung wecken, dass da noch viel obendrauf kommt“, sagte sie. Dämmung sei zwar „immer wichtig“, die Klimaziele irgendwie auch. Dann ließ sie die Teilnehmer der eher mittelmäßig besuchten Veranstaltung aber auch schon mit sich und ihrer „Angst vor sinkendem Einfluss im Klimaschutz“ (Christmann) allein. Manche Kompromisse seien eben schmerzhaft.

So wie das neue Heizungsgesetz

(<https://www.welt.de/politik/deutschland/article69f9ef1ac764528c1ad20920/heizungsgesetz-reiche-legt-neuen-entwurf-fuer-heizgesetz-vor.html>), das von Teilen der Energiewende-Anhänger als mittlere Katastrophe wahrgenommen wird: Die Quasi-Wärmepumpenpflicht ist weg, ebenso das Betriebsverbot für ältere Gas- und Ölheizungen sowie dutzende kleinteilige und selbst für altgediente Schornsteinfeger und Installateure unbrauchbare Vorschriften.

Die Realität in deutschen Heizungskellern hatte schon nach dem ersten Geltungstag des von der Ampel-Regierung verschärfte Gebäudeenergiegesetzes im Januar 2024 gezeigt: Wer sich den in Deutschland mit durchschnittlich 35.000 Euro besonders teuren Umbau zur Wärmepumpe leisten kann (das Fördergeld wird erst nach Rechnungsabschluss ausgezahlt), und wer davon ausgeht, dass die Stromkosten im Betrieb bezahlbar bleiben, macht es. Wer nicht, lässt es bleiben.

Auch der Gesetzgeber selbst passt seine Erfüllungsoptionen der Realität an. Vereinfacht gesagt: Primärenergiefaktoren werden im neuen Heizungsgesetz kurzerhand so berechnet, dass Deutschland jetzt auch die Ziele der EU-Gebäuderichtlinie erfüllt. Manchmal reicht es eben aus, einfach einen Faktor in einer Rechenformel zu ändern, um die Klimakatastrophe abzuwenden.

### Die sogenannte „Biotreppe“

(<https://www.welt.de/finanzen/plus699dfceocfca786c686c9aac/heizungsgesetz-bio-treppe-wieso-oel-und-gas-doch-noch-zukunft-haben.html>) mit vorgeschriebenen und schrittweise ansteigenden Biokraftstoffquoten für Verbrennerheizungen dient ebenfalls nur als Rechenhilfe, auch wenn das noch keiner zugeben möchte: Eine 30-Prozent-Biogasquote im deutschen Netz ist innerhalb weniger Jahre kaum zu erreichen. Das neue Heizungsgesetz wird 2030, spätestens 2033, noch einmal erneuert und die Fristen verlängert.

Ein Hauch von „fin de siècle“ zog auch durch den Jahreskongress des GIH Bundesverbands der Energieberater. Sie trafen sich am Donnerstag in einer weiteren Berliner Location in Prenzlauer Berg – früher ein Güterbahnhof, heute „das größte Wohnzimmer Berlins“, wie es auf der Website heißt.

## **Energieberater unter Strom**

„Der Siegeszug der Erneuerbaren Energien hat etwas Gutes in die Welt gebracht“, rief Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) (<https://www.welt.de/wirtschaft/article69fc82160696bba25ef31cf6/umweltminister-nicht-vorschlag-der-bundesregierung-schneider-stellt-sich-gegen-reiches-energie-reform.html>) unter großem Applaus der Experten, die Hauseigentümer, Unternehmen und Wohnungswirtschaft bei der Energieeffizienz und Sanierungsmaßnahmen ihrer Gebäude beraten. Die Stammwählerschaft der SPD dürfte das weitgehend kaltlassen. Doch das Geschäft der rund 5500 in dem Verband organisierten Berater wäre ohne Subventionen und ohne die Ziele der Energiewende ein vollkommen anderes.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (<https://www.welt.de/themen/katherina-reiche/>) CDU), die das neue Heizungsgesetz wesentlich verantwortet und die Einspeisevergütung für neue Solarstromanlagen kürzen will, um das Stromnetz zu stabilisieren, gilt hier als Schreckgespenst. „Solche Leute sind der Endgegner“, sagte Jule Bosch, Autorin und „Expertin für Transformation“, unter lauten Jubelrufen.

Die Furcht der Berater: dass Heizungsgesetz, gestrichene PV-Förderung und ausbleibende Sanierungspflichten ihr Geschäft erschweren. Und dass auch ihre pauschalen Förderzuschüsse (650 Euro pro Haus) gestrichen werden könnten. „Dann hätten wir 13.000 arbeitslose Berater“, sagt eine Teilnehmerin. Die anwesenden Abteilungsleiter des Wirtschaftsministeriums konnten diese Ängste ebenfalls nicht mit neuen Zusagen zerstreuen.



**W+ NEWSLETTER**


### FRAGE DER LAGE

Der Immobilien-Newsletter rund ums Wohnen und Investieren – für alle Eigentümer, Mieter, Käufer und Hausbauer. Alle zwei Wochen neu.

**ABONNIEREN**


[ZUR NEWSLETTERVERWALTUNG](#)

Geht es um die Energiewende im Gebäudesektor, ist jetzt stattdessen auffällig oft von „Wirtschaftlichkeit“, „Marktwirtschaft“ und „Bezahlbarkeit“ die Rede. Und das ist gut so.

Die Hochphase des ideologiegetriebenen Klimaschutzes (<https://www.businessinsider.de/themen/klimaschutz/>)  im Gebäudesektor ist vorbei, ein neuer Pragmatismus bricht sich Bahn. Hauseigentümer, Vermieter und Unternehmen können selbst entscheiden, was vor Ort am besten funktioniert und was sich rechnet.

Die meisten von ihnen wissen längst, dass fossile Brennstoffe keine sonderlich zukunftsfähigen Träger sind. Doch wenn im Winter die Therme platzt und schnell eine neue Heizung her muss, erlaubt es das neue Gesetz, diese auch ein paar Jahre länger zu betreiben. Die Geräte sind an sich schon effizienter und erzeugen deshalb niedrigere CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Wo hingegen gut geplant werden kann, wird immer häufiger eine Wärmepumpe eingebaut. Dafür braucht es aber kein Gesetz. Die Politik sollte aufhören, zu „Gestalten“ und stattdessen ideale Rahmenbedingungen für die besten technischen Lösungen schaffen. Dazu gehören niedrige Strompreise, einfache Regeln und Innovationsförderung. Subventionen für liebgewonnene Klientel gehören nicht dazu.

*Dieser Artikel wurde für das **Wirtschaftskompetenzentrum von WELT und Business Insider** (<https://www.businessinsider.de/>)  erstellt.*

***Michael Fabricius** (<https://www.welt.de/autor/michael-fabricius/>) beschäftigt sich im **Wirtschaftskompetenzentrum von WELT und „Business Insider Deutschland“** mit **Immobilienthemen und schreibt über alles, was Eigentümer, Mieter und Investoren betrifft. Gemeinsam mit Michael Höfling ist er für den Immobilien-Newsletter „Frage der Lage“ verantwortlich, den Sie hier abonnieren können** (<https://www.welt.de/newsletter/article241105337/Frage-der-Lage-Der-Immobilien-Newsletter-fuer-alle-die-sanieren-und-kaufen.html>).*